

Verantwortung für Limburg

Kooperationsvereinbarung der Fraktionen von CDU und SPD in der Stadtverordnetenversammlung Limburg

Legislaturperiode 2021 bis 2026

Die Fraktionen von CDU und SPD bekennen sich zur Verantwortung für unsere Stadt und deren Bürgerinnen und Bürgern.

Wir werden gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unsere Stadt Limburg weiterentwickeln. Die Fraktionen werden unter Erhaltung der eigenen politischen Identität und des jeweiligen politischen Profils gemeinsame Positionen auf Basis der nachfolgenden Punkte entwickeln und umsetzen.

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich dazu ein, hieran mitzuwirken.

Verkehr

Ziel ist die konsequente Umsetzung des beschlossenen Masterplanes Mobilität im Szenario „Verkehrswende“.

Der ÖPNV spielt dabei eine wichtige Rolle. Mit der Einführung des LahnStar gehen wir einen ersten wichtigen Schritt zur Anbindung der Stadtteile an die Innenstadt. Wir stehen für die Überarbeitung des Stadtlinienkonzeptes ab 2025 unter Einbeziehung der Stadtteile.

Zum Masterplan Mobilität gehören u. a. das Entwickeln und Umsetzen eines zentrumnahen Parkkonzeptes (Parkraumkonzept) mit dem Ziel, den Parksuchverkehr deutlich zu reduzieren.

Mögliche Ideen dazu, die weiter untersucht werden müssen, sind ein neues Parkhaus im Tal Josaphat, die Erweiterung/der Neubau der PR-Anlage Südstadt am Stephanshügel, die Schaffung von zusätzlichen Parkflächen in der Brückenvorstadt, Parkflächen im Bereich der Schaumburger Straße, die Aufstockung des ZOB mit Anbindung an die Südstadt mit Fuß- und Radwegeverbindung.

Eine besondere Bedeutung soll einem umfassenden Mobilitätskonzept für das Krankenhaus mit geeigneten Parkflächen allenfalls unterhalb des Schafsberges (Weststadt) mit Anbindung an das Krankenhaus über einen Schrägaufzug, einem autonomen Bussystem und der Verbesserung des bestehenden Fußwegs zukommen.

Wir treten für mehr reine Anwohnerparkflächen und die Aktualisierung der Stellplatzsatzung ein, die sich mehr an der modernen Mobilität orientieren muss. Dabei sind auch Regelungen für die Nachverdichtung (wie z. B. „Dachausbau“ ohne Stellplatzanforderung) zu definieren.

Im Bereich Verkehr, insbesondere hinsichtlich der Verzahnung des ÖPNV, suchen wir ein gemeinsames Vorgehen mit dem Landkreis.

Wir wollen mit dem Landkreis ein flächendeckendes schulisches Mobilitätsmanagement einrichten und umsetzen.

Das Konzept „Citylogistik“ werden wir zeitnah umsetzen.

Das betriebliche Mobilitätsmanagement der Stadt Limburg soll als Vorbild für andere Verwaltungen, Betriebe etc. in Limburg dienen und entsprechend beworben werden.

Das E-Carsharing in der Innenstadt und den Stadtteilen wird (quartiersbezogen) ausgebaut und multimodale Mobilitätsstationen werden flächendeckend entstehen.

Wir wollen im Rahmen des Neubaus der B 8-Umgehung Lindenholzhausen den Ausbau der L 3448 als Anbindung zur B 417 und an die A 3 sowie ein LKW-Durchfahrtsverbot (ab 7,5 t) in Linter erreichen. Am Knotenpunkt der neuen B 8/L 3448 in Lindenholzhausen soll ein Kreisverkehr als Anbindung gebaut werden.

Die Fraktionen wollen gemeinsam mit dem Landkreis die Radfernverkehrswege Richtung Hadamar, Elz, Hünfelden, Runkel, Beselich und Diez ausbauen.

Wir setzen uns für eine Prüfung der Verlängerung des Schiedetunnels als eine mögliche Entlastung der Innenstadt vom Verkehr ein.

Zudem soll eine zusätzliche Fuß- und Radüberquerung der Bahngleise in der Nähe des Bahnhofes, möglicherweise kombiniert mit der Aufstockung des Parkhauses ZOB, geprüft werden.

An der Ste.-Foy-Straße, Diezer Straße und Schiede wird eine neue Verkehrsführung mit Radwegen geprüft.

Wir fordern den vierspurigen Ausbau der B 8 zwischen A 3-Ausfahrt Limburg-Süd und der Ampelanlage OBI.

Die Parkscheinautomaten werden modernisiert, damit modernes Bezahlen (Handyparken/bargeldloses Zahlen) möglich wird.

Wir setzen uns für digitale Verkehrslenkungsmaßnahmen (z. B. Anzeigen für die Umleitungen über die A 3) ein.

Die Partner stimmen der Realisierung einer Südumgehung auf der Alttrasse unter folgenden Bedingungen zu:

- Tunnel zwischen Holzheimer und Wiesbadener Straße,
- keine Anbindung der Holzheimer und Wiesbadener Straße,
- die Frankfurter Straße bleibt die Anbindung in die Innenstadt.

Es soll ein flächendeckendes Fahrradabstellkonzept für die Innenstadt und die Bahnhöfe erarbeitet und umgesetzt werden. Auch in den Stadtteilen und den Wohnquartieren sollen Fahrradabstellmöglichkeiten entstehen.

In der Innenstadt muss die Verkehrsführung überprüft werden. Es sollen an allen Ampeln in der Innenstadt Fahrradaufstellflächen markiert werden.

Das Förderprogramm „Limburg elektrisiert“ wird überarbeitet.

Des Weiteren wird eine Rad- und Fußwegeüberquerung über die Lahn geprüft.

Sicherheit und Sauberkeit

Feuerwehr

Die Planungen und der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Lindenholzhausen sowie der Hauptstützpunktfeuerwache in Limburg werden weitergeführt und umgesetzt.

Darüber hinaus soll der Bedarfs- und Entwicklungsplan in den nächsten Jahren konsequent umgesetzt werden. Er ist in angemessenen Fristen auf künftige Bedarfe hin zu überprüfen.

Polizei, Ordnungsamt und öffentlicher Raum

Wir setzen uns beim Land weiterhin für eine stärkere Polizeipräsenz in Limburg ein. Ziel dabei sollte die Angleichung an die personelle Ausstattung der Polizei im Rheingau-Taunus-Kreis sein.

Wir fordern vom Bund eine deutlich stärkere Sichtbarkeit der Bundespolizei an allen Limburger Bahnhöfen.

Der Polizeiposten am Bahnhof soll 24 Stunden an 7 Tagen die Woche geöffnet sein. Dazu wird die Stadt notfalls unterstützend Ordnungshüter einsetzen.

Das Ordnungsamt soll in eine Stadtpolizei umgewandelt und personell weiter aufgestockt werden. Neben der bereits erfolgten Ausweitung der Einsatzzeiten ist eine weitere Ausweitung in den Nachtstunden das Ziel. Ferner ist die neue Stadtpolizei auch mehr in den Stadtteilen einzusetzen, um auch dort die Sichtbarkeit zu erhöhen.

Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums sind Angsträume zu beseitigen. Dazu soll jeweils ein Beleuchtungskonzept vorgelegt werden, wobei die Lichtverschmutzung möglichst minimiert werden soll. Es sollen regelmäßige städtebauliche Begehungen stattfinden. Empfehlungen zur städtebaulichen Kriminalprävention (LKA Hessen) sollen standardmäßig Berücksichtigung bei Planungsprozessen finden.

Wir streben eine Kooperation mit der Bundespolizeischule Diez an mit dem Ziel, die Ausbildung am Bahnhof und der Innenstadt in Limburg zu ermöglichen, um damit auch die Polizeipräsenz zu erhöhen.

Wir werden die Prävention ausweiten (dazu zählt u. a. der Einsatz von Streetworkern, die Umsetzung, Vorstellung und Beachtung der Limburger Sozialraumanalyse).

Wir wollen mit der zuständigen Polizei eine Arbeitsgruppe bilden, um Maßnahmen gegen Raser und Poser zu entwickeln.

Sauberkeit

Es werden mit dem AWB gemeinsame Grünschnitt-Sammelstellen in Limburg geschaffen, damit die Bürgerinnen und Bürger kostenfrei ihren Grünschnitt entsorgen können. Als Weiterentwicklung sind Wertstoffhöfe zu prüfen. Dies kann dazu beitragen, illegale Ablagerungen zu vermeiden.

Wir prüfen weitere Aktionen für eine Saubere Stadt (z. B. Beteiligung am sog. World Cleanup Day).

Die Gefahrenabwehrverordnung zur Vermeidung von Verunreinigungen und Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung soll konsequent angewandt werden.

Bei der Stadtreinigung soll eine schnelle Eingreiftruppe gebildet werden. Ferner wollen wir gemeinsam mit dem AWB prüfen, ob man nicht sog. Mülldetektive einsetzen kann.

Umwelt, Klimaschutz und Grünanlagen

In der Verwaltung soll eine Stabstelle „Klimaschutz & Umwelt“ geschaffen werden.

Der Limburger Wald soll weiterhin nachhaltig beforstet werden. Dabei steht nicht die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund, sondern es sollen auch neue, ökologische Beforstungskonzepte ausprobiert werden. Ziel ist es, jährlich mindestens 1.000 Bäume in Limburg neu zu pflanzen.

Die Stadtverwaltung soll die Renaturierung von Bächen prüfen.

Limburg soll sich zu einer Schwammstadt entwickeln (Dächer begrünen, Wasser sammeln, neue Wasserflächen in der Innenstadt etc.). Hierzu soll ein Konzept mit einem Anreizprogramm entwickelt werden. Daneben soll ein Hitzeaktionsplan für die Stadt Limburg erarbeitet werden.

In neuen Baugebieten sind sogenannte Stein- und Schottergärten in Zukunft nicht mehr möglich. Stattdessen soll ein Förderprogramm für die Schaffung naturnaher Gärten und die Entsiegelung von Flächen bzw. die Entfernung von Steingärten entwickelt werden. Ein Ansatzpunkt wäre, dass die Stadt die Entsorgung von unbelasteten Steinen und Kies übernimmt.

Bei neuen Bebauungsplänen sollen im öffentlichen Raum Bäume, Grünflächen und ökologisches Wassermanagement verstärkt mit eingeplant werden. Eine Photovoltaikpflicht oder als Alternative klare Vorgaben zur Dachbegrünung sind in neuen Bebauungsplänen als Vorgabe aufzunehmen.

Gemeinsam mit der Energieversorgung Limburg (EVL) setzen wir auf eine umweltgerechte und nachhaltige Energiepolitik. Dazu gehört vor allem auch die Erzeugung regenerativer Energie vor Ort. Limburg wird mit unserer EVL ein Photovoltaikförderprogramm aufsetzen („Auf jedes geeignete Dach gehört eine Photovoltaikanlage“).

Der städtische Fuhrpark und die Stadtlinie sollen emissionsfrei werden.

Die Schleuseninsel wird zur Kulturinsel der Begegnung. Dazu ist ein Konzept unter besonderer Beachtung des ehrenamtlichen Engagements zu erarbeiten. Vereine und karitative Einrichtungen sind in Planung und Umsetzung einzubeziehen.

Unser großes Ziel, dem die genannten Maßnahmen dienen, ist, dass Limburg bis 2035 klimaneutral werden soll.

Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wir wollen das städtische Immobilienmanagement modern, wirtschaftlich und zukunftsfähig aufbauen. Ziel ist es, bezahlbaren Wohnraum in Limburg zu erhalten und neuen Wohnraum zu schaffen.

Wir wollen den Wohnungsbau zu einem Schwerpunkt der städtischen Gebäudepolitik in den kommenden Jahren machen und vor allem den Bau und die Unterhaltung von Wohnraum auf neue Füße stellen. Dabei ist die Errichtung einer Wohnungsbaugesellschaft zu prüfen. Die Zusammenarbeit mit externen Partnern, wie dem Landkreis, dem Bistum oder privaten Unternehmen ist dabei ausdrücklich gewünscht, wobei die Stadt Limburg mit mindestens 50,1 Prozent an einer Gesellschaft beteiligt sein muss. Ziel ist es, dass eine solche Organisationseinheit operativ eine „Schwarze Null“ schreibt.

Wir stehen für die Schaffung von seniorenrechtlichem Wohnen in allen Stadtteilen.

Geschosswohnungsbau ist in verträglichem Umfang in allen Stadtteilen in den Bebauungsplänen einzuplanen. Dabei sind bestehende Geschosswohnungsbauten, die in den letzten Jahren entstanden sind, in der Umgebung mit zu berücksichtigen

In § 34-Gebieten soll die ausufernde Umwandlung von EFH in MFH gebietsverträglich gesteuert werden.

Die Fraktionen streben neue Wohngebiete für alle Stadtteile an, sofern diese vom Ortsbeirat gewünscht sind.

Wir wollen die Ortsmitte der Stadtteile und die Außenbereiche der Innenstadt beleben und dafür das Programm „Ortsmitte neu erleben 2.0“ gemäß Beschlusslage auflegen.

Wir wollen grundsätzlich Erbpachtlösungen den Vorrang vor dem Verkauf von Grundstücken einräumen. Dieses wollen wir mit einem Vermarktungskonzept mit dem Ziel der Bildung von Eigentum verbinden.

Wir sind dafür, neue Grundsteuermöglichkeiten für Kommunen als Lenkungselement zu nutzen. Ziel muss es sein, dass bebaubare Grundstücke möglichst nicht lange unbebaut bleiben.

Das Grundstück in der Zeppelinstraße, welches im Besitz des BHF ist, ist vorrangig zu entwickeln. Dabei ist auch auf einen erheblichen und verträglichen Grünanteil zu achten.

Über das Städtebauförderprogramm der Stadt dürfen die (Stadt-)Teile von Limburg nicht vernachlässigt werden. Hier sind geeignete Maßnahmen zu entwickeln.

Der Masterplan-Wohnen ist gemäß der bestehenden Beschlusslage zu erstellen und in die parlamentarische Befassung zu bringen.

Das Neubaugebiet Blumenrod ist weiterzuentwickeln. Dabei soll sich am Bebauungsplan für das gesamte Gebiet orientiert am städtebaulichen Wettbewerb zügig weitergearbeitet werden. Die Erschließung und Vergabe erfolgen in Abschnitten. Das Baugebiet wird als nachhaltiges Vorzeigeprojekt entwickelt.

7

Stadtentwicklung und Wirtschaftspolitik

Ein Aufstellungsbeschluss für das Gebiet „Nördlich der Kapellenstraße“ (bis zum Dehner Weg) soll zügig gefasst werden. Ein Satzungsbeschluss soll – nach Vorlage eines fundierten Verkehrskonzepts für Offheim – im Jahr 2023 erfolgen. Die Ausführungsplanung für das Naherholungsgebiet Offheim soll im Jahr 2022 eingestellt werden.

Das Naherholungsgebiet soll parallel entwickelt und umgesetzt werden.

Das ICE-Gebiet Teil C muss dringend weiterentwickelt werden. Eine Vermarktung muss sich an der 1-A-Lage orientieren.

Weitere Flächen sind zu prüfen. Dabei sind auch interkommunale Gebiete, z. B. mit der Stadt Runkel, zu prüfen.

Nachhaltigkeitsaspekte (Photovoltaik, Wassermanagement, Schwammstadt, Gestaltung Ausgleichsflächen) als Grundsatz im Gebiet usw. sind bei der Aufstellung der entsprechenden B-Pläne zu beachten und umsetzen; das Co-Building von Bauplätzen ist zu ermöglichen.

Wir werden den starken Wirtschaftsstandort Limburg mit einer behutsamen Ansiedlung von innovativen Firmen weiterentwickeln, um zukunftssträchtige und qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze zu ermöglichen.

Wir wollen in Limburg „Co-Working-Spaces“ schaffen.

Das Stadt- bzw. Standortmarketing ist zu professionalisieren und eine gemeinsame Strategie ist zu entwickeln. Alle Unternehmen, Vereine, Institutionen und auch Einzelpersonen in Limburg können (sollen) Mitglied werden und sich engagieren. Die Stadt muss – egal, welche Rechtsform gewählt wird – die Mehrheit haben.

Eine Citymanagerin bzw. ein Citymanager ist einzustellen. Das Stadtmarketing ist auch gemeinsam mit dem Bereich Mobilität denkbar. Ziele sind u. a. ein gemeinsamer Auftritt (Homepage, sonstige Medien), ein Konzept für die Innenstadtentwicklung zu erstellen und den Wandel, insbesondere im Einzelhandel, aktiv zu gestalten und die Innenstadt zukunftsfähig aufzustellen.

Der Bereich Tourismus ist in das Stadtmarketing aufzunehmen. Das Tourismusbudget im Stadtmarketing ist zu erhöhen, da der Tourismus ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Stadt ist (insbesondere für Gastronomie und Einzelhandel).

Wir wollen den THM-Standort sichern und ausbauen (weitere Studiengänge, Masterstudiengänge, Erwachsenenbildung und Fortbildung, gemeinsame Werbekampagne). Das Land, der Landkreis, die IHK und die THM selbst sollten sich auch finanziell mehr engagieren. Dazu werden wir geeignete Initiativen ergreifen.

Im Rahmen der Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und der Digitalisierungsstrategie ist ein flächendeckendes Glasfasernetz in der gesamten Stadt und den Stadtteilen ein wichtiges Ziel.

Innenstadtentwicklung

Wir wollen die Attraktivität der Innenstadt steigern. Dazu wollen wir attraktivere „Erlebnisräume“ mit der Umgestaltung, Neumöblierung und Aufwertung der Plätze in der Innen- und Altstadt schaffen (Bänke für Senioren, Spielmöglichkeiten für Kinder, Aufenthaltsflächen usw.).

Der Neumarkt wird zeitnah aufgewertet durch eine neue (mobile) Möblierung einschließlich Bühne, Spielgeräten, Bänken, Pflanzflächen, flexible Gastronomieflächen etc.

Wir wollen eine Weiterentwicklung des Wochenmarktes und des Christkindlmarktes mit neuen Konzepten und regionalen Produkten, insbesondere für den Mittwochsmarkt. Die Marktordnung ist anzupassen. Im gesamten Verfahren sind die Marktbeschicker einzubinden.

Der Wochenmarkt bleibt auf dem Neumarkt als zentraler Bestandteil verankert. Dabei sind eine Modernisierung und Neuaufstellung durchaus möglich, wobei der Neumarkt der zentrale Ort bleibt.

Ein neues Konzept für den Christkindlmarkt ist zu erstellen. Dabei ist die Einbeziehung des Bischofsplatzes und des Bereichs in der Nähe des Doms (ggf. temporär) wünschenswert. Ggf. können womöglich weniger attraktive Aufstellplätze und Non-Food-Angebote über ein Umlagesystem gefördert werden.

Das Lahnufer soll durch schöne und originelle Möblierung (z. B. durch übergroße Stühle und Liegen) aufgewertet werden.

Wir wollen einen attraktiven Rund-Parcours an der Lahn entlang anlegen (beginnend an der Europaallee, weiter am Campingplatz vorbei nach Dietkirchen, von dort über die Fußgängerbrücke nach Eschhofen und wieder zurück nach Limburg). Kooperationen sind dabei zu prüfen.

Für die einheimische Bevölkerung sowie den Tourismus ist eine Brücke über die Lahn auf Höhe des Campingplatzes weiterhin erstrebenswert. Auch für den Campingplatz würde dies eine erhebliche Aufwertung bedeuten.

Das Radwegenetz ist auch aus Mobilitäts- wie aus touristischen Gesichtspunkten weiterzuentwickeln, wobei die Wege für den Tourismus sich von den Alltagswegen unterscheiden. Dabei sind für die unterschiedlichen Nutzergruppen auch Angebote zu entwickeln wie Mountainbike- und Gravelstrecken. Eine Mountainbike-Trail-Strecke in Limburg ist anzulegen.

Der Römer 2-4-6 wird wieder öffentlich zugänglich und zu einem Gebäude, das die Altstadtanierung und die Fachwerkgeschichte aufzeigt. Im Schloss wird ein Stadtmuseum eingerichtet, das besonders mit modernen und digitalen Medien bespielt werden soll und damit für Einheimische wie Touristen zukunftsgerichtet ausgestattet ist.

Die Grünflächen und Gärten in der Altstadt sollen, in Abstimmung bspw. mit dem Bistum, thematisch verbunden und ein „Gärten in Limburg“-Konzept erarbeitet werden.

Es ist uns ein Anliegen, dass Kultur und Kunst an vielen Stätten in der Stadt inkl. Stadtteile ermöglicht (z. B. Domplateau, Tal Josaphat, Serenadenhof) wird. Wir wollen eine Konzertwiese in Limburg einrichten (für Open-Air, Festivals) und den Schlosshof für kulturelle Veranstaltungen dauerhaft nutzen.

Wir sind dafür, eine Festivalreihe „Dombergfestival bzw. Schlossoffestival“ (Theater, Musik, Chöre, Mittelaltermarkt etc.) zu entwickeln. Hiermit sollen bestehende kulturelle Angebote ergänzt werden.

Die Ausrichtung eines Hessentages in Limburg wird geprüft.

Die digitale Altstadtführung soll ausgebaut werden.

Bürgernahe Verwaltung und Bürgerbeteiligung

Eine bürgernahe Verwaltung ist weiterhin umzusetzen und weiterzuentwickeln (Bürgerbüro als Anlaufstelle stärken, verbindliche Rückmeldefristen, Onlineterminvergaben, Zwischenmeldungen, Anrufbeantworter mit Aufnahmefunktion, Feedback der Bürgerinnen und Bürger usw.).

Für die Gesamtverwaltung ist eine Digitalstrategie inklusive wichtiger Meilensteine vorzulegen. Behördengänge sollten online zu erledigen sein.

Wir setzen uns für eine einheitliche Behördennummer, nach Möglichkeit gemeinsam mit dem Landkreis, ein.

Wir streben die Steigerung des Nutzwerts des städtischen RIS (besonders der Recherchefunktion) an. Dabei soll ein Einblick in den behördlichen Befassungs- und Bearbeitungsstand bei Anträgen, Bebauungsplänen etc. in Übereinstimmung mit dem Datenschutz möglich sein.

Sozialer Zusammenhalt

Wir wollen von Seiten der Stadt die Errichtung einer Bürgerstiftung, die beispielsweise in den Bereichen Umwelt und Klima, Jugend, Familie, Kultur und Senioren tätig ist, unterstützen.

Wir wollen eine Analyse der Angebote für Seniorinnen und Senioren mit dem Ergebnis, mögliche Verbesserungspotentiale und Veränderungsbedarfe zu finden. Ziel soll eine Fortentwicklung der Angebote gemeinsam mit dem Arbeitskreis für ältere Mitbürger für Senioren in allen Stadtteilen sein. Auch interkommunale Angebote sind möglich und gewünscht.

Wir werden die Vereine weiterhin finanziell und ideell unterstützen. Kulturtreibende Vereine sollen den sporttreibenden Vereinen gleichgestellt werden, was Zuschüsse und auch Investitionskostenzuschüsse angeht.

Der Zuschuss für Jugendarbeit in den Vereinen soll nochmals erhöht werden. Entweder durch gezielte Programme oder durch die Erhöhung des städtischen Zuschusses pro Jugendlichen.

Das Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ soll weitergeführt werden. Hierzu ist eine Prioritätenliste abzustimmen, welche Investitionen in welcher Reihenfolge bzw. in welchem Haushaltsjahr konkret geplant werden. Die bewährten Punkte sollen in die Stadtteile und andere Stadtbezirke ausgeweitet werden.

Die Integrationsarbeit soll weitergefördert und weiterentwickelt werden, auch zusammen mit dem Landkreis.

Das Programm „Demokratie leben“ soll weiter umgesetzt werden.

Das Angebot bei Obdachlosigkeit soll im Hinblick auf Frauen und Familien weiter bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dabei sind Standorte, die nicht sinnvoll sind (wie bspw. in der Altstadt), für diesen Zweck aufzugeben bzw. anderen Mietergruppen zur Verfügung zu stellen.

Die Ortsbeiräte sollen gestärkt werden. Hier sind alle rechtlichen Möglichkeiten einschließlich Delegationen zu prüfen. Dies kann durch die Änderung der Geschäftsordnung, subsidiäre Mittelverwendung, durch Selbstbindung des Magistrats bei kostenintensiven Ortsbeiratsbeschlüssen, die Einbindung der Ortsbeiräte in die Ortskernentwicklung etc. erfolgen. Dazu soll eine vorhandene Arbeitsgruppe der Ortsvorsteher/innen mit der Verwaltung und den Fraktionen wiederbelebt werden.

Jugend und Bildung

Kindertagesstätten

Wir wollen den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung von 0 bis 6 Jahren mit dem Ziel, ein ausreichendes Angebot in jedem Stadtteil zur Verfügung zu stellen.

Die städtischen Kita-Gebäude sollen in den kommenden Jahren schrittweise strukturell modernisiert werden. Dabei sind auch moderne Personalräume vorzusehen.

Wir verfolgen das Ziel, in Limburg ein kostenfreies Kita-Angebot (ganztägig) zu schaffen. Dazu benötigen wir die Unterstützung von Land und Landkreis. Für diese Unterstützung werden wir uns einsetzen.

Die Vermittlung der Kindergartenplätze ist zu optimieren. Hier soll es eine zentrale Anlaufstelle geben.

Die Stadt soll zusammen mit den Trägern ein Anreizprogramm zur Gewinnung der Fachkräfte entwickeln. Mit den Trägern wird vereinbart, dass verstärkt Anerkennungs-jahrpraktikanten außerhalb des Stellenplans eingesetzt werden können, mit dem Ziel, diese längerfristig an die Kindergärten in der Stadt zu binden.

Wir prüfen, die Grundschulen in städtische Trägerschaft zu überführen. Die städtische Trägerschaft von Grundschulen wäre im Hinblick auf das Konzept der wohnortnahen Bildung von 0 bis 10 Jahren weiterhin sinnvoll. Allerdings muss im Gegenzug die 100%-ige finanzielle Kompensation (auch im Hinblick auf die Gebäudeunterhaltung) durch die Senkung der Schulumlage stehen.

Jugend

Sozialraumanalysen sind für jeden Stadtteil einzeln zu entwickeln.

Es sind in den Stadtteilen Jugendräume inklusive (Frei-)Flächen als mögliche Ergänzung bestehender Angebote der heimischen Vereinslandschaft zu schaffen. Die Schaffung von Freiräumen, von denen Jugendliche nicht vertrieben werden sowie die Errichtung von Bolz- und Freizeitsportflächen in allen Stadtteilen sind weitere Ziele.

Nachdem rund um den Bahnhofplatz Streetworking eingerichtet wurde, wird auch für die Stadtteile – in Verbindung mit Jugendarbeit an festen Orten/Plätzen – ein mobiles Streetworksystem erarbeitet. Dieses ist ein Teil der allgemeinen Präventionsstrategie im Sicherheitskonzept der Stadt Limburg.

Wir werden dafür sorgen, dass das Jugendparlament ernst genommen und in unsere Entscheidungen einbezogen wird. Dazu wird der Beschluss zum Kinder- und Jugendparlament umgesetzt. Dabei sind ggf. Unterarbeitsgruppen für die Stadtteile zu prüfen, um der Zentralisierung entgegenzuwirken. Die Kooperation zwischen dem Kinder- und Jugendparlament und der Stadtverordnetenversammlung (sowie der Ausschüsse) ist verbindlich zu regeln und satzungsmäßig festzuhalten.

In Verbindung mit der neuen städtischen Wohnungsbaugesellschaft ist ein „Azubiwerk“ (Wohnraum für Azubis) zu prüfen.

12

Finanzen

Die Partner streben ausgeglichene Haushalte, eine Fortführung des Schuldenabbaus und die Vermeidung von Erhöhungen der städtischen Gebühren und Steuern an.

Die Reform der Grundsteuer soll möglichst so genutzt werden, dass baureife, aber unbebaute Grundstücke einen höheren Beitrag an der bereitgestellten Infrastruktur vor Ort leisten müssen. Daher setzen wir uns für die Einführung der Grundsteuer C ein. Auch eine einfache und gerechte Finanzierung des Zweitausbaus von Straßen ist zu prüfen und ggf. umzusetzen. Eine Wiedereinführung der Zweitausbausatzung ist ausgeschlossen.

Wir wollen Förderprogramme identifizieren und nutzen. Hierzu soll ein „Förderlotse“ (entweder ein städtischer oder ein gemeinsamer mit dem Landkreis zusammen) eingesetzt werden.

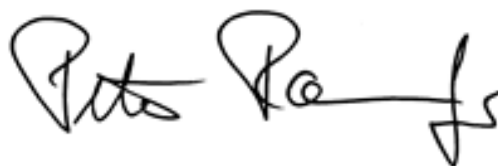
Limburg, April 2022

Für die CDU-Fraktion



Dr. Christopher Dietz

Für die SPD-Fraktion



Peter Rompf